



Ratsfraktion Gütersloh

Fraktionsgeschäftsstelle: Hohenzollernstraße 28, 33330 Gütersloh
Telefon 05241-24155, Telefax 05241-7433666

<http://www.spd-guetersloh.de/> <mailto:SPD.Ratsfraktion.Guetersloh@t-online.de>

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren
Herrn Volker Richter
Stadt Gütersloh
per Mail

27.04.2018

Sehr geehrter Herr Richter,

die SPD-Fraktion bittet Sie, in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren am 29.05.2018 den nachstehenden Antrag zur Diskussion und zur Abstimmung zu stellen:

Antrag:

WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Gütersloh

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren möge beschließen:

Es wird ein runder Tisch eingerichtet zum Thema Integration, Betreuung und Unterstützung der in Gütersloh lebenden WerkvertragsarbeitnehmerInnen insbesondere aus Polen, Bulgarien und Rumänien.

Zu diesem runden Tisch sollen neben VertreterInnen aus Politik und Verwaltung VertreterInnen der Institutionen, die WerkvertragsarbeitnehmerInnen mit Wohnsitz in Gütersloh betreuen, sowie VertreterInnen der Unternehmen, bei denen WerkvertragsarbeitnehmerInnen mit Wohnsitz in Gütersloh tätig sind, wie auch möglichst unmittelbare Arbeitgeber von WerkvertragsarbeitnehmerInnen eingeladen werden.

Neben einer Bestandsaufnahme soll sich der runde Tisch mit den Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation von WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Gütersloh insbesondere hinsichtlich folgender Themen beschäftigen:

- Wohnungssituation, ggf. auch Einrichtung einer Wohnraumkontrolle
- Integration
- Sprachkurse
- Beratung

Erste Ergebnisse sollen baldmöglichst, jedoch spätestens binnen Jahresfrist dem Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Stadt Gütersloh vorgelegt werden. Zur Sicherstellung dieses Zieles ist ein Tagungsrhythmus spätestens alle 6-8 Wochen anzustreben.

Begründung:

Vorbemerkung:

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren in seiner Sitzung am 20.11.2017 verschiedene Fachleute zum Thema Situation der WerkvertragsarbeitnehmerInnen gehört (sh. Auszug der Niederschrift zur Sitzung des ASFS

am 20.11.2017, Anlage 1 zu diesem Antrag). Es ist deutlich geworden, dass auch in der Stadt Gütersloh sehr viele WerkvertragsarbeitnehmerInnen aus Osteuropa leben. Überraschend war sicherlich das von Herrn Volker Brüggenjürgen, Vorstand des Caritasverbandes Kreis Gütersloh, in der Sitzung des ASFS vorgelegte Zahlenmaterial z. B. zur Entwicklung der Zahl der in Gütersloh lebenden Personen mit polnischer oder auch rumänischer Herkunft (sh. Anlage 2 zu diesem Antrag). Der SPD-Fraktion ist dabei klar, dass nicht alle Personen mit dieser Nationalität WerkvertragsarbeitnehmerInnen sind. Die These, dass viele dieser Menschen jedoch ein derartiges Beschäftigungsverhältnis haben, liegt nicht nur nahe, sie ist vielmehr wahrscheinlich.

Den Berichten der Fachleute war zu entnehmen, dass es vielschichtige Problemlagen für in Deutschland tätige WerkvertragsarbeitnehmerInnen gibt. Das gilt natürlich auch für WerkvertragsarbeitnehmerInnen mit Wohnsitz in Gütersloh. Die von Herrn Brüggenjürgen vorgelegten Zahlen über Beratungsgespräche in Gütersloh lebender WerkvertragsarbeitnehmerInnen im Caritas-Beratungszentrum in Herzebrock-Clarholz sprechen eine deutliche Sprache (sh. Anlage 3 zu diesem Antrag).

Es bedarf an dieser Stelle keiner Wiederholung der Vorträge der Fachleute. Hierzu sei auf die Niederschrift des ASFS v. 20.11.2017 verwiesen. Als Fazit hat sich zweifelsohne ergeben, dass es Handlungsbedarf in und für Gütersloh gibt.

In der Sitzung am 21.09.2017, in der die SPD-Fraktion beantragt hatte, das Thema "Situation von WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Gütersloh" auf die Tagesordnung zu setzen und Experten in den ASFS einzuladen, wurden von Herrn Martensmeier für die Verwaltung die Bedenken vorgetragen, "die Handlungsmöglichkeiten der Stadt seien bei diesem Thema eingeschränkt" (vgl. Auszug aus der Niederschrift v. 21.09.2017, Anlage 4 zu diesem Antrag). Ebenso wurden von anderen Fraktionen, beispielsweise von CDU und von Bündnis 90/Die Grünen, angemerkt, dass "die kommunalen Handlungsfelder unklar seien". Aus diesem Grund beschränkt sich die SPD-Fraktion nicht wie üblich auf einen Antrag nebst beigefügter Begründung, sondern dem Antrag sind verschiedene Anlagen über die bisherigen Sitzungen wie aber auch mögliche kommunale Handlungsoptionen beigefügt. In Bezug auf die vergangenen Sitzungen befindet sich in den Anlagen 5-7 auch die Berichterstattung der drei großen Gütersloher Lokalzeitungen.

Zur Klarstellung sei an dieser Stelle aber auch noch einmal erwähnt, dass das Grundproblem der Existenz derartiger Arbeitsverhältnisse natürlich nicht kommunal gelöst werden kann. Hierzu bedarf es der Aufnahme dieses Themas durch die Bundesregierung oder durch den Bundestag. Ebenso ist klar, dass nicht ein Unternehmen alleine erklären kann, auf WerkvertragsarbeitnehmerInnen zu verzichten wenn andere Wettbewerber dieses nicht tun. Dennoch ist im Grundgesetz richtigerweise festgelegt, dass Eigentum verpflichtet. Es gibt auch eine zumindest moralische Verpflichtung von Arbeitgebern, sich an der Beseitigung von Missständen, die durch Arbeitsverhältnisse ihrer Subunternehmer mit deren ArbeitnehmerInnen oder aber durch merkwürdige Mietverhältnisse für Wohnraum entstehen, aktiv zu beteiligen. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist die Privatisierung von Gewinnen und gleichzeitig die Übertragung sozialpolitischer Aufgaben an die öffentliche Hand keine akzeptable Arbeitsteilung zwischen Staat und Unternehmen.

Ungeachtet der vorstehenden Aussagen sind natürlich wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher auch ein Stück weit mitverantwortlich an der Existenz solcher Arbeitsverhältnisse, sei es bei Arbeitsverhältnissen wie denen der WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Deutschland oder bei Arbeitsverhältnissen in der Textilindustrie in Fernost. Wenn wir für Produkte nur einen sehr begrenzten, manchmal unangemessen niedrigen Preis zu zahlen bereit sind bestärkt das Unternehmen, diese Produkte auf dem Rücken und zu Lasten dieser ArbeitnehmerInnen herzustellen.

Nichtsdestotrotz ist es möglich, die Auswirkungen und auch die Probleme aus den Arbeitsverhältnissen von WerkvertragsarbeitnehmerInnen zu lindern. Auch in Bezug auf diese Personengruppe gibt es eine kommunale Fürsorgepflicht.

RUNDER TISCH

Die Berichte der Fachleute in der Sitzung des ASFS am 20.11.2017 haben zwei Dinge deutlich gezeigt:

Das Thema "Situation der WerkvertragsarbeitnehmerInnen gliedert sich auch in der Stadt Gütersloh in unterschiedliche, vielfältige Problemlagen. Aufgabe und Ziel der Politik und somit des ASFS kann es nur sein, Rahmenbedingungen zu schaffen und gegebenenfalls finanziell zu unterstützen.

Dieses Thema kann lösungsorientiert nur unter Beteiligung vieler, möglichst aller beteiligten Akteure bearbeitet werden.

Angesichts dieser Ausgangslage schlagen wir als SPD-Fraktion die Einrichtung eines runden Tisches vor. Diese Herangehensweise hat sich z. B. in unserer Nachbarstadt Rheda-Wiedenbrück bewährt und zu teilweise beträchtlichen Erfolgen geführt (sh. z.B. Wohnungskontrolle).

Zur Teilnahme an diesem runden Tisch sollen neben der Politik und der Verwaltung sowohl die Institutionen eingeladen werden, die sich in der Beratung und Betreuung von WerkvertragsarbeitnehmerInnen engagieren (z.B. Caritas, DRK, DGB-Projekt "Faire Mobilität!", Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten), aber auch die Unternehmen, bei denen WerkvertragsarbeitnehmerInnen mit Wohnsitz in Gütersloh arbeiten (unmittelbar oder auch über Subunternehmer). Eventuell gelingt es ja auch, die Arbeitgeber von WerkvertragsarbeitnehmerInnen zur Teilnahme zu "motivieren".

Die Teilnahme dieser Unternehmen sollte für sie einerseits natürlich selbstverständlich sein. Die Beschäftigung von WerkvertragsarbeitnehmerInnen vorrangig aus Osteuropa ist Auslöser der Diskussion über dieses Thema. Verantwortung für die bei einem Unternehmen Beschäftigten sollte gerade im vorliegenden Themenkomplex eine selbstverständliche Verpflichtung sein. Andererseits ergibt die Teilnahme an einem derartigen runden Tisch auch die Möglichkeit, die Expertise der Fachleute für eine zielgerichtete Problemlösung zu nutzen.

Themenfelder:

Wohnungssituation / Wohnraumkontrolle

Ein von den Fachleuten sehr deutlich beschriebenes Problem ist häufig die Wohnsituation von WerkvertragsarbeitnehmerInnen (sh. auch Anlage 1, Niederschrift des ASFS v. 20.11.2017). Die SPD-Fraktion teilt die Einschätzung der Verwaltung, es gäbe nur "sehr eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten", ausdrücklich nicht! Rheda-Wiedenbrück ist ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass mit städtischem Engagement und in Zusammenarbeit mit dem dort ansässigen Unternehmen, der Fa. Tönnies, ein wirksames Agieren sehr wohl möglich ist.

Hierzu bedarf es der Abstimmung über Standards mit allen beim Thema WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Frage kommenden Unternehmen. Eine Orientierung können die in der Samtgemeinde Sögel festgelegten Standards und die getroffenen Vereinbarungen sein (sh. Anlage 8+9). Diese Standards haben unseres Wissens auch Einfluss auf die Überlegungen in Rheda-Wiedenbrück (Bürgermeister von der CDU) gehabt und sind eine Grundlage für die Überlegungen im Kreis Vechta gewesen (Landrat von der CDU, sh. auch Anlage 10, Pressemitteilung der CDU Vechta.).

Es ist aber auch wichtig, dieses Thema im Hinblick auf den Gütersloher Wohnungsmarkt ganz allgemein zu betrachten. Einerseits treten WerkvertragsarbeitnehmerInnen aus Osteuropa, die für sich planen, länger in Deutschland zu bleiben (lt. Aussage von Volker Brüggengjürgen sind das sehr viele, vgl. Niederschrift des ASFS v. 20.11.2017), als zusätzliche Nachfrager am Wohnungsmarkt auf. Andererseits gibt es Vermieter, die es vorziehen, ihre Wohnung an WerkvertragsarbeitnehmerInnen aus Osteuropa zu vermieten und damit deutlich höhere Erträge zu erzielen als das der Fall wäre bei einer Vermietung an

"heimische" Bewerber.

In diesem Zusammenhang darf auch nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Unterbringung osteuropäischer WerkvertragsarbeitnehmerInnen konzentriert in einzelnen Häuserblocks eine Nachbarschaft schnell überfordern kann. Subjektiv entstehen dann Sorgen und auch Ängste, die Parteien zu nutzen versuchen, die glücklicherweise noch nicht im Rat der Stadt Gütersloh vertreten sind. Der SPD-Fraktion ist die Gefahr der Überforderung von Nachbarschaften zuletzt noch einmal in einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Bürgervereins Blankenhagen e. V. am 12.04.2018 deutlich gemacht worden.

Integration

Wir dürfen nicht den Fehler machen und meinen, bei den WerkvertragsarbeitnehmerInnen aus Osteuropa handelt es sich ausschließlich um Personen, die für eine sehr begrenzte Zeit hier in Deutschland bleiben und dann in ihr Heimatland zurückkehren. Die Aussagen von Herrn Brüggjenjürgen, auf die wir oben stehend schon Bezug genommen haben, sprechen eine andere Sprache. Ähnlich sind auch die Ergebnisse der Untersuchung bzw. der Befragung des IMAP-Institutes (Kurzbericht sh. Anlage 11, hier: S. 3) in Rheda-Wiedenbrück zu bewerten. Demnach gab die Hälfte der Befragten an, länger in der Region bleiben zu wollen (6 Jahre oder länger). Ebenso zu werten ist die Tatsache, dass recht häufig und wohl auch in zunehmendem Maß nicht mehr nur die WerkvertragsarbeitnehmerInnen in Deutschland leben sondern dass es zu einem vermehrten Familiennachzug kommt.

Wenn wir diese Fakten nicht berücksichtigen und entsprechend agieren, ergibt sich die Gefahr, dass eine Parallelgesellschaft entsteht. Die daraus möglicherweise entstehende Offenheit einer unbestimmten Zahl Gütersloher Bürgerinnen und Bürger für rechtspopulistische Tendenzen könnte eine Folge sein. Der Fehler, nämlich der Glaube, ausländische ArbeitnehmerInnen würden nur vorübergehend bleiben, wurde in Bezug auf die sogenannten "Gastarbeiter" schon einmal begangen und sollte nicht wiederholt werden..

Betrachten wir den beschriebenen Sachverhalt der Bleibeperspektive und insbesondere des Familiennachzugs ergeben sich verschiedene Notwendigkeiten, Integrationsmaßnahmen zu entwickeln. Das beginnt mit dem Besuch der Kinder im Kindergarten oder in der Schule, das führt sich fort über die Wohnungssituation (sh. Punkt Wohnungssituation) und es geht hin bis zu Sprachkenntnissen und zur Beratung über Rechte und Pflichten in Deutschland.

Sprachkenntnisse

Wesentliche Grundlage der Integration ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Die Fachleute haben im ASFS am 20.11.2017 berichtet, dass die Teilnahme an Sprachkursen häufig daran scheitert, dass aufgrund unregelmäßiger, nicht planbarer Arbeitszeiten keine kontinuierliche, vollständige Absolvierung des Kurses möglich sei. Häufig ist auch der finanzielle Aufwand ein Hinderungsgrund. Ein Ziel des runden Tisches sollte sein, auch hier Abhilfe zu schaffen, in welcher Form auch immer und natürlich im Zusammenspiel aller am runden Tisch Beteiligten, also auch den Unternehmen.

Beratung

Last but not least ist die Beratung von WerkvertragsarbeitnehmerInnen über ihre Rechte aber auch über ihre Pflichten von entscheidender Bedeutung. Die von Herrn Brüggjenjürgen vorgetragene Zahlen über die in Gütersloh wohnenden WerkvertragsarbeitnehmerInnen, die bei der Caritas in Herzebrock-Clarholz Rat suchen, belegen sehr deutlich den Beratungsbedarf auch in der Stadt Gütersloh.

Angesichts der Fülle der Aspekte, die beim Thema "Situation der WerkvertragsarbeitnehmerInnen" zu berücksichtigen sind, und die nur von allen Beteiligten gemeinsam gelöst werden können, schlägt die SPD-Fraktion daher die Einrichtung eines runden Tisches vor. Dieser runde Tisch sollte in einem

angemessenen Zeitraum, jedoch spätestens binnen Jahresfrist, Lösungsansätze zu den genannten Themenfeldern erarbeiten. Die dann vorliegenden Ergebnisse sollen dem ASFS vorgestellt werden. Der ASFS entscheidet dann, ob und inwieweit eine Beteiligung der Stadt an weiteren Maßnahmen erforderlich und möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christa Kockentiedt
(Sprecherin der SPD-Fraktion im ASFS)